

# *Ihr Bürgerbote – Gesamtausgabe*

von Siegfried Kümmel

*Teil 1*

Die Qualität der Tonaufnahmen im Hörbuch ist ein wenig eingeschränkt, da diese in meinem PC-Hobby-Aufnahmestudio erstellt wurden.

Ein geringes Rauschen ist dann und wann zu hören, jedoch durchaus vertretbar.

Verehrte Hörer.

Dies ist ein Hörbuch von Siegfried Kümmel aus dem Jahr 2016 mit dem Titel:  
Ihr Bürgerbote – Teil 1  
mit einigen von mir erdachten und hier persönlich vorgetragenen Geschichten von der Ostsee.  
Mit einem Vorwort wünsche ich Ihnen eine angenehme Unterhaltung.

Vorwort:

Die unmittelbare Zeit direkt nach der Wende brachte bei der wirtschaftlichen Entwicklung zwangsläufige Erfolge, aber auch sehr viele Mängel mit sich.

Einerseits aus Unerfahrenheit, andererseits aus gezieltem Vorgehen bestimmter Personen, die das sogenannte schnelle Geld auf irgend einer Art und Weise machen wollten.  
Es bildeten sich Netzwerke in beiden Richtungen, so dass über das gezielte und nicht rechtskonforme Vorgehen es zu erheblichen Verlusten bei privaten-, wirtschaftlichen-, als auch kommunalen Institutionen kam.

Der Filz als solches trieb seine Blüten und über die Zeit erfolgte die Saat der Korruption noch vor der dann anschließenden Ernte.

So konnten in kleinsten Kreisen der neu demokratisch demonstrierten Macht, bei nicht informierten und ängstlichen Bürgern, manche Personen gerade machen was sie wollten.

In den kommunalen Bereichen wurde vieles zu einer reinen Bildungs- und Charakterfrage.  
Fremdes Geld und Vermögen in Mengen und Massen standen einigen geradezu zur freien Verfügung, sei es zur Förderung von Personenkreisen innerhalb der aufgebauten Netzwerke oder der Verschwendung aus Unkenntnis und einem nicht verantwortungsvollem Handeln.

Von dem was alles so geschehen war, gewesen und sein könnte handeln die Inhalte der geschriebenen und gesprochen vorgetragenen Geschichten.

Ich wünsche Ihnen bei dem Hören dieser kleinen Geschichten viel Vergnügen.

Ihr Siegfried Kümmel

# *Ihr Bürgerbote – kleine Geschichten von der Ostsee.*

## Geschichte 01: Ist es die Gier, der Filz oder die Dummheit

War es die Gier nach der Macht, der Filz oder die Dummheit?

War es, wie es oft versucht wird, etwa das Versteckenwollen nicht rechts konformer Handlungen?

So wie man in einer Gemeindevertretung einer kleinen Gemeinde an der Ostsee mit der Demokratie mehrheitlich umgegangen ist, so schienen auch die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und die des Landes Mecklenburg-Vorpommern durch eine Mehrheit der Gemeindevertreter dieser Gemeinde nicht wahrgenommen zu werden.

Die Umsetzung von Verordnungen und Anordnungen, die es im Lande gab und gibt, schienen offensichtlich einfach ignoriert, oder so schien es, sie waren erst gar nicht bekannt.

Lesen und Verstehen, dass waren schon zwei Sachen, die von Gemeindevertretern und vor allem von dem Bürgermeister eines doch so schönen Ostseebades beherrschbar sein sollten.

Das jüngste Beispiel von Gier, Macht oder Dummheit lieferte ein Geschehen, das in einer Sitzung der Gemeindevertretung am 23.07.2009 um 18:00 Uhr in einer noblen Herberge, dieser kleinen Gemeinde an der Ostsee, durchgeführt wurde.

Den Vorsitz und die Leitung dieser Sitzung hatte ein wieder und nach langer Krankheit plötzlich gesunder Bürgermeister, ein Herr Namens A. K., übernommen.

Doch um sich ein Bild der zu dieser Zeit im Hintergrund brodelnden Probleme dieser kleinen Gemeinde zu machen, die damals durch handelnd und denkende Personen verursacht wurden und offensichtlich unter den Tisch gekehrt werden sollten, muss man wissen, in welcher Größenordnung eine Information und erklärende, unter Beilagen von Beweismittel aufklärende Beanstandung, im Vorfeld stattgefunden hatte. Gegen die an der Ostsee liegende Gemeinde gerichtete Klagen vor Gericht und daraus abzuleitende Ergebnisse waren da entscheidend schon mit einzubeziehen.

Entscheidungen, die aus einem Ergebnis vorheriger Abwägung getroffen wurden, wurden gebührend gewürdigt.

Es war doch der genau so schlimm, der duldete und/oder unterstützte, wie die, die zum Nachteil einer Gemeinde und zum eigenen Vorteil oder zum Vorteil Dritter jedoch zum Nachteil der Gemeinde und Einzelpersonen gehandelt hatten und/oder noch später handelten.

Von 13 Abgeordnete bekam diese Gemeinde plötzlich und doch unerwartet 3 Betroffene, die „Macher“ im Spiel, eine noch zum Spiel gehörend und hinzugekommene „Mitmacherin“ und 3 „Mitläufer“.

In Persona:

Zu den Betroffenen und „Machern“ gehörten natürlich der Bürgermeister, Herr A. K., der 2. Stellvertreter des Bürgermeisters, Herr Dr. A. O. und der ehemalige Bürgermeister, ein sehr aktiver Gemeindevertreter, Herr K. P..

Die zum Spiel gehörend, damals hinzugekommene und „Mitmacherin“ war Frau K. L.

Die „Mitläufer“, das Zünglein an der Waage, die Dulder und Unterstützer der „Macher“ und der „Mitmacherin“ waren Frau E. S., Frau A. N. und Herr B. Z..

Sechs Abgeordnete dieser Gemeinde, Herr B. K., Herr J. L. , Herr M. A., Herr L. R., Herr P. P., und Herr M. K., stellten zwar nicht die Mehrheit, doch sie distanzierten sich. Sie waren nicht „Macher“, „Mitmacher“ oder „Mitläufer“ und zählten nicht zu den Duldern und Unterstützern.

Sie setzten sich weiter für eine saubere Entwicklung ihrer Ostseegemeinde mit dem Blick nach vorn ein, doch ohne Filz bei Abbau der Probleme, dies bei Beteiligung der Bürger an der gemeindlichen Entwicklung und am Geschehen.

*Ihr Bürgerbote – 1. Ausgabe – Entwurf -- C2010 Siegfried Kümmels kleine Geschichten*

"Die Orte der Handlung und alle handelnden Personen sind frei erfunden. Jegliche Ähnlichkeit mit lebenden oder realen Personen und Ähnlichkeiten mit real existierenden Orten sind rein zufällig".

## *Ihr Bürgerbote – kleine Geschichten von der Ostsee.*

### Geschichte 02: Grundstück – spottbillig in bester Lage

In einer kleinen Gemeinde an der Ostsee wurde vor noch nicht allzu langer Zeit ein Baugrundstück in bester Lage aus dem Gemeindevermögen an einen größeren Kreis von Erwerbern zu einem Spottpreis verkauft.

Doch wer da denkt, das billige Baugrundstück sei unbebaut gewesen, der irrt kräftig.

War doch die Grundstücksfläche auf Kosten der Gemeinde zu einem Parkplatz mit vielen, vielen Stellplätzen fix und fertig hergerichtet.

Das Grundstück hatte eine schöne Ein- und Ausfahrt von und zu der vorbeiführenden Landstrasse, war vernünftig umzäunt und es war selbstverständlich für die Nutzung, nämlich dem Abstellen von Pkw, auch insgesamt schön mit Knochensteinpflaster gestaltet. Es waren Pflanzbeete, umfasst mit Kantensteinen, angelegt, Hecken zur Einfriedung des Grundstücks gepflanzt und selbst die einzelnen Stellplätze waren für den Autofahrer und für das Abstellen ihrer Pkw's sichtbar aufgeteilt und gut angelegt.

Während in mehreren Gutachten die unmittelbar angrenzenden Grundstücke mit 130,00 bis 150,00 Euro/qm bewertet wurden, so erfolgte hier der Verkauf zu nur 20,00 Euro/qm inklusiv der so wie zuvor beschriebenen Ausstattung und inklusiv der bereits erbrachten Leistungen.

Natürlich wurde für die Preisfestlegung des Verkaufspreises entgegen der schon damals bestehenden Durchführungsvorschriften des Landes kein separates Gutachten benötigt.

Warum auch? Man machte ja ohnehin was man wollte!

Durch den Bürgermeister dieser kleinen Gemeinde, einem „Macher“ und der mit dem Namen A. K. und seiner schon damaligen 1. Stellvertreterin, die Frau „Mitmacherin“ mit dem Namen K. L., wurde eine Vollwertigkeitsbestätigung selbstverständlich unterschrieben und gesiegelt. So wurde durch die beiden Vorgenannten bestätigt, dass der Verkauf durch die Gemeinde an die Käufer dieses Grundstückes zum vollen Wert tatsächlich erfolgt sei.

Obwohl eine solche Bestätigung und eine derartige Festlegung von Verkaufspreisen durch den einen oder anderen Gemeindevertreter beanstandet wurde, änderte sich an den getroffenen Festlegungen und der einmal gefällten Entscheidungen, man kann es sich schon denken, wieder nichts.

Selbst in einem der Fachausschüsse dieser Ostseegemeinde, speziell in einem Finanzausschuss, wurde die Angelegenheit heruntergespielt und so nicht auf den eigentlichen Punkt gebracht.

Der Leser kann es sich auch hier schon denken, es passierte - wieder nichts.

Dabei hätte man schon wissen können, dass der von den Bürgern dieser schönen Ostseegemeinde schon damals direkt gewählte Bürgermeister, der Herr A. K., mit seinen „Mannen und Frauen“ über das Ergebnis der Kommunalwahlen und der hieraus abzuleitenden Sitzverteilung die absolute Mehrheit im Gremium der Entscheidungen, nämlich in der Gemeindevertretung dieses Ortes, erreicht hatte.

Mit seiner Person waren dies immerhin von 13 Abgeordneten, 7 Abgeordnete, von denen die „Mitläufer“, Herr B. Z. und Frau E. S. bereits schon damals bei zu treffenden Beschlüssen kräftig mitwirken durften. Natürlich war der „Macher“, ein Herr K. P., schon seinerzeit zusätzlich noch mit von der Partie.

Doch höchstwahrscheinlich hatte man bei dem Verkauf des Grundstücks bestimmt an den Eingang von Geldern aus Grundstücksverkäufen gedacht, wohl aber nicht daran, dass ein geringerer Ertrag aus dem Verkauf des Grundstücks dazu führte, dass der finanzielle Bewegungsfreiraum einer Gemeinde entsprechend auch hierdurch geschmälert wurde.

Na, wo die Ostseeluft einem Abgeordneten einer Gemeinde um die Nase wehte, da konnte man doch ruhig auf Kosten der Gemeinde auch anderen bestimmt mal etwas Gutes tun, dies bei Verzicht von gemeindlicher Entwicklung und bereits zu dieser Zeit schon zu Lasten der Bürger.

Ihr Bürgerbote – 2. Ausgabe – Entwurf -- C2010 Siegfried Kümmels kleine Geschichten

"Die Orte der Handlung und alle handelnden Personen sind frei erfunden. Jegliche Ähnlichkeit mit lebenden oder realen Personen und Ähnlichkeiten mit real existierenden Orten sind rein zufällig".

## *Ihr Bürgerbote – kleine Geschichten von der Ostsee.*

### Geschichte 03: Ein ehrenwerter Kaufmann

Vor langer Zeit gab es schon Möchtegerne. Der Wandel eines Landes in eine neue und wohl bessere Zeit konnte, so zeigt es die Geschichte, jedoch nicht den Charakter der im Lande wohnenden Menschen mit einem Male verändern.

So gab es schon damals gute und weniger gute Landsleute. Es gab Kaufleute und so manche, die es noch werden wollten. Einige aber versuchten, wohl über das Ergebnis aus eigenen Vorkalkulationen und der sich hieraus ergebenden Gewinne, große Geschäfte über den Ankauf von Grundstücken in neuen Gewerbegebieten ihrer Wohngemeinde zu machen.

Da waren Gewerberundstücke, die durch das Land gefördert wurden und somit sehr preiswert erstanden werden konnten, gerade das Richtige, so auch für einen Herrn des Namens A.K.. Der Abschluss eines notariell beurkundeten Kaufvertrages ward offensichtlich kein Hindernis und eine verbindliche Zahlungs- und Bauverpflichtung schien da nur eine einmal privat festgelegte Vereinbarung in einem Vertragswerk zu sein. Doch Zahlungsverpflichtung bedeutete das Zahlen von Geld zu einem bestimmt festgelegten Termin und Bauverpflichtung, das war die Herstellung eines Betriebsgebäudes mit Einzug des eigenen Betriebes in ein neu hergestelltes Gebäude auf dem erworbenen Grundstück innerhalb einer festgelegten Frist.

Doch die Uhr des Lebens lief hier etwas anders, als es sich ein so kluger Kaufmann gedacht hatte. Aus irgendwelchen und nicht erklärbaren Gründen konnte der Verkäufer der zum Vorzugspreis verkauften Grundstücke, also die Wohngemeinde, keinen Eingang der Gelder zum vereinbarten Termin verbuchen. Es kam zum Verzug der Zahlung, es kam zu Mahnungen und es kam dann, damit hatte wohl keiner der Beteiligten gerechnet, zur einer Aufhebung durch Rücktritt des vor langer Zeit notariell beurkundeten Kaufvertrages.

Wer aber dachte, ein großer Kaufmann, schon damals ein hohes „Tier“ in seiner Gemeinde, verzichtete, gab den Kaufgegenstand zurück und bezahlte die aus dem Verzug zur Zahlung des Kaufpreises entstandenen Zinsen und Kosten, der irrte kräftig. Das einmal so „gesicherte Geschäft“ wurde vor einem Notar direkt über einen Folgevertrag beurkundet und das so billige Grundstück an seine ihm angetraute und damals noch im Lehramt tätige, aber nicht selbständige und gewerbetreibende Ehefrau, mit allen Pflichten verkauft. Selbstverständlich und wie gehabt inklusiv einer Bauverpflichtung.

Die bis zu diesem Zeitpunkt noch im Lehramt tätige wurde nicht, so wie es für einen guten Gewerbebetrieb üblich ist, Betriebsinhaber oder Geschäftsführer eines auf dem erworbenen Grundstück platzierten Gewerbebetriebes mit Einzug in das neu gebaute Betriebsgebäude, nein, auf dem Grundstück passierte vertragserfüllend nichts. Auch schienen den Beteiligten die Auflagen, die mit einer Geldförderung von Landesmitteln für das Grundstück und deren Erschließung in direkter Verbindung standen, überhaupt nicht zu interessieren. Die von ihr, der privaten Käuferin, anerkannten Zielsetzungen, die mit der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu tun hatten, waren ihr wohl völlig aus dem Blickfeld geraten. Doch der Mensch war schon immer erfinderisch, so auch in diesem Fall.

Was sollte eine Frau, die nicht Inhaber eines Betriebes und Gewerbetreibende war, schon mit einem Gewerbegrundstück anfangen, das sie für die Ausübung ihres Lehramtes gar nicht benötigte? Es war billig gekauft und nicht unerheblich gefördert, doch wohin damit?

Wie die Geschichte weitergeht, das erfahren Sie im: Ihr Bürgerbote - 4. Ausgabe

Ihr Bürgerbote – 3. Ausgabe – Entwurf -- C2010 Siegfried Kümmels kleine Geschichten

"Die Orte der Handlung und alle handelnden Personen sind frei erfunden. Jegliche Ähnlichkeit mit lebenden oder realen Personen und Ähnlichkeiten mit real existierenden Orten sind rein zufällig".

## *Ihr Bürgerbote – kleine Geschichten von der Ostsee.*

### *Geschichte 04: Wie ein Makler - Gewerbegebiet - Forstsetzung des Ihr Bürgerbote 3*

In einer Gemeinde, die direkt an der Küste der wunderschönen Ostsee gelegen war, bemühte sich eine und noch im Lehramt tätige Dame, ein von ihr erworbenes und durch das Land erheblich gefördertes Grundstück, gelegen in dieser Gemeinde in einem Gewerbegebiet, nach ihren wohl persönlichen Ansichten und entgegen der vertraglichen Verpflichtungen zu verwenden. Eigentlich sollte, so war es vertraglich vereinbart, auf dem von ihr erworbenen Grundstück ein Betriebsgebäude gebaut werden, es sollte der Betrieb hier angesiedelt sein und es sollte der Betriebsinhaber in das neu gebaute Gebäude eingezogen sein. Das alles jedoch passte der noch im Lehramt tätigen Dame wohl nicht. War es doch für sie selbst vielleicht unmöglich, das Lehramt mit dem Betreiben eines Gewerbebetriebes zu verbinden. Zudem bewohnte sie doch schon ein Haus im Ort und ein Umzug in ein Gebiet, in dem es durchaus schon einmal sehr laut hergehen konnte, stand nicht auf ihrer Agenda von schönerem Wohnen.

Wie das schon damals in Geschäften mit Immobilien so lief, musste sie jedoch schon einmal gehört haben: Billig einkaufen, teuer verkaufen und mögliche Gewinne einstreichen, das bringe Geld und Geld befriedigte nun einmal den Menschen.

So kam es eines Tages dazu, dass die Dame eine erste Teilfläche ihres preiswert erworbenen Grundstücks an einen anderen veräußerte. Wer da aber dachte dieser erfüllte zumindest auf der erworbenen Teilfläche die Auflagen aus dem Fördermittel- und Zuwendungsbescheid des Landes, oder dieser käme den vertraglichen Verpflichtungen aus dem Erst-Kaufvertrag nach, der irrte kräftig. Die Wohngemeinde mischte sich natürlich nicht in das Geschehen ein, denn die Dame, die nun angefangen hatte das große Grundstück in mehrere Einzelstücke zu teilen, um diese nach und nach so wie ein Immobilienmakler zu verkaufen, war ja die Ehefrau des in der Gemeinde schon so „hohen Tieres“ zu Einkaufszeiten des Grundstücks und später, also zu der Zeit weiterer Teilverkäufe, sogar die Ehefrau des vom „hohen Tier“ zum Bürgermeister aufgestiegenen Ehemanns.

Da lag es doch nah, obwohl Vertragsverstöße offensichtlich waren, dass die Gemeinde nicht auf eine Erfüllung der Verträge bestand, nicht auf eine Umsetzung der Auflagen verwies und untätig dem Geschehen und ohne jede weitere Forderung, jedoch mit innerster Zufriedenheit, mit ansah, wie die Dame nun Grundstück um Grundstück verkaufte. Sie ging mit bestem Beispiel voran, so dass für andere Käufer von Grundstücken in der Fläche des Gewerbegebietes die Erfüllung von Verträgen erst gar nicht zur Debatte stand.

Das damalige Baugesetz regelte die Bebauung und die Nutzung der Grundstücke klar, doch für sie, die „Erkorenen“, schien das gesetzliche Regelwerk nur eine belanglose Floskel zu sein. Einige bauten sich Wohnhäuser und zogen ein, andere richteten in ihrem Wohnhaus Ferienwohnungen für Urlauber her und nahmen so Gelder aus der Vermietung ein. Wieder andere, zu dieser Gruppe gehörte die noch im Lehramt tätige Dame, bauten erst gar nicht.

Doch alle waren zufrieden und erfreuten sich an der Dummheit der vielen anderen, die für teures Geld an anderen Standorten in der Gemeinde, ein Baugrundstück erwerben konnten.

Wer aber im Ort gegen den Klüngel etwas sagte, der wurde sofort angegangen und in die Ecke der Lügner und Verbreiter von Unwahrheiten gestellt. Ein untätiger und nicht nur zugunsten für seine Ehefrau arbeitender Bürgermeister führte in solchen Fällen rigoros das Szenario an. Ängste wurden geschürt, Bürger zum Schweigen gepresst, Personen an den Pranger gestellt und so in das schlechte Licht gerückt. Wie einst im Mittelalter wurde dann eine „Sau durchs Dorf getrieben“.

Die „Macher“ aber waren auf dem Weg zum Ziel des großen Geldes noch längst nicht angekommen.

Ihr Bürgerbote – 4. Ausgabe (Forstsetzung der Geschichte aus - Ausgabe 3) – Entwurf -- C2010 Siegfried Kümmels kleine Geschichten

"Die Orte der Handlung und alle handelnden Personen sind frei erfunden. Jegliche Ähnlichkeit mit lebenden oder realen Personen und Ähnlichkeiten mit real existierenden Orten sind rein zufällig".

## *Ihr Bürgerbote – kleine Geschichten von der Ostsee.*

Geschichte 05: Aufgefallen, Nachbewertung, dann Bezahlung

War es der Wechsel in eine neue Zeit, oder war es etwa der Einstieg in ein neues und bis dahin nicht so bekanntes Wirtschaftssystem? In jedem Fall muss es doch etwas gewesen sein, was einige Menschen in ihren Verhaltensweisen völlig veränderte und die über ihre einmal selbst gesetzten Ziele weit hinausschossen.

So kam es eines Tages in einer kleinen Gemeinde im Lande Mecklenburg Vorpommern zu einer Entscheidung, die nicht unbedingt, so stellte es sich erst später heraus, zu den Besten im Lande gezählt werden konnte.

Da gab es in dieser Gemeinde einen Herrn dem die Doktorwürde zum Dr. Vet. (Tierarzt) verliehen ward und den es mit Hinsicht auf die Wirren der Zeit nicht mehr hielt, die sich einmal selbst gestellte Aufgabe mit Leben zu erfüllen. Stattdessen wurde im wahrsten Sinne des Wortes umgesattelt und aus einem Dr. Vet. wurde ein Dr. Immobilien. Ein Goldesel ward schnell gefunden und über das persönliche Arrangement im Gremium der Gemeindevertretung der kleinen Ostseegemeinde sollte sich das persönliche Einbringen bei den gemeindlichen Geschäften schon lohnen.

Natürlich verstand man als Immobilienmakler kein Insiderwissen, das man sich durch das Zusammenlaufen aller Gedanken zu einer gemeindlichen Entwicklung mit Bezug auf die Vorbereitungen von Grundstücken zur Bebauung in den beschließenden Ausschüssen selbst vermitteln konnte, nein, das ganz bestimmt nicht.

Wer da allerdings mit im Boot saß, der brauchte nur des Ruderns kundig zu sein. Herr Doktor machte den Steuermann und so wie er selbst bei starker See und rauen Winden das Ruder fest in seinen Händen hielt, so waren die ländlichen Aktivitäten schon von besonderer Wichte. Einmal hatte er seine Gemeinde entweder gar nicht, nicht ausreichend und unvollständig, oder überhaupt nicht beraten.

Ganz harmlos wurde da vor langer Zeit ein großes Zugtier der Gemeinde mit vor seine Karregespannt. Ein Risiko stellte das zuerst geplante und später auch durchgeführte Geschäft für die von ihm mit in das Boot geholten Ruderer und auch für den Dr. Immobilien selbst nicht dar. Die Träume vom großem Geld in die Tat umzusetzen, das war es. Der Handel mit fremden Vermögen war da schon etwas feines, vor allem dann, wenn für die Handelnden viel und für die, die ihr Vermögen zur Verfügung stellten, wenig dabei heraus kam.

Zu günstigen Preisen eingekaufte Grundstücke wurden erst dann bezahlt, wenn über den Weiterverkauf der Grundstücke das Geld des billigen Einkaufs mit vereinnahmt worden war. Unter diesem Prinzip verkaufte die kleine Gemeinde aus dem von ihr verwalteten doch volkseigenen Vermögen einige Grundstücke an Einen der mit im Boot sitzenden Ruderer, um die Vermarktung kümmerte sich Herr Doktor höchst persönlich.

Natürlich hatte man in Gemeinsamkeit vorab ein seriöses Unternehmen korrupt aus dem Geschäft verdrängt und in die Wüste geschickt, hatte sich Grundschulden in die bis dahin unbelasteten Grundbücher eintragen lassen, hatte sich den fälligen Kaufpreis als einen zinslos gewährten Kredit stunden lassen, hatte die Bezahlung in Raten vereinbart und hatte hohe Nachlässe nachträglich von der so guten Gemeinde erhalten.

Doch eines Tages..... Wie die Geschichte weitergeht, das erfahren Sie in der Forstsetzung: Ihr Bürgerbote 6. Ausgabe

Ihr Bürgerbote – 5. Ausgabe - Entwurf -- C2010 Siegfried Kümmels kleine Geschichten  
"Die Orte der Handlung und alle handelnden Personen sind frei erfunden. Jegliche Ähnlichkeit mit lebenden oder realen Personen und Ähnlichkeiten mit real existierenden Orten sind rein zufällig".

## *Ihr Bürgerbote – kleine Geschichten von der Ostsee.*

Geschichte 06: Wie gemacht und wie verhalten - Forstsetzung des Ihr Bürgerbote 5

Doch eines Tages geschah etwas, womit keiner der Beteiligten gerechnet haben musste. Die von der Gemeinde in Treuhand verwalteten und volkseigenen Grundstücke wurden nach jahrelang geführten Rechtsstreitigkeiten der Bundesrepublik Deutschland rückwirkend zugeordnet.

Der neue Eigentümer, die Bundesrepublik Deutschland, begann mit der Prüfung der von der kleinen Gemeinde im Laufe der Jahre geschlossen Kaufverträge der in Treuhand verwalteten Grundstücke, stellte erhebliche Mängel fest und meldete verschiedenste Nachforderungen an. Bei den Nachforderungen handelte es sich um die Bezahlung der Differenz, die sich zwischen den tatsächlichen Werten und der unter ihrem vollen Wert verkauften Grundstücke ergab und um die Bezahlung von Schäden in Geld aus nicht begründbar und sachlich verständlichen Kaufpreisnachlässen.

Nun waren plötzlich und unerwartet nicht nur der Steuermann und seine Ruderer betroffen, mit betroffen war nun auch die kleine Gemeinde, deren Bürger jetzt das zu bezahlen hatten, was die Ruderer und Steuerleute vorab und in Gemeinschaft zu Schleuderpreisen im Laufe der Jahre so an die „Mannen“ gebracht hatten.

Das nach so vielen Jahren ein solches Unheil die kleine Gemeinde einmal treffen könnte, damit hatte wohl keiner der Beteiligten gerechnet und bei dem Machen des großen Geldes mit einkalkuliert.

Vor Zeiten hatte man doch nur, als für die kleine Gemeinde mit verantwortlich, die Höhe der Verkaufspreise der nicht gemeindeeigenen Grundstücke bestimmt, die Ausreichung zinsloser Kredite vereinbart und die Gewährung hoher Nachlässe ausgehandelt. Man hatte doch nur Grundstücke verkauft, die nicht aus dem gemeindlichen Eigentum, sondern aus dem Treuhandvermögen des Staates stammten.

Mehr aber hatte man doch zum Wohle der Gemeinde nicht gemacht und das ein Herr Doktor so plötzlich mit zu dem Kreis der nun Betroffenen zählen sollte, das war schon gar nicht geplant. War er ein Boss, ein Steuermann in alter Zeit, so sah er nun sein Prestige im Ort gefährdet und er reagierte genau so, wie es das Leben in ähnlichen Fällen beschreibt. Aus seiner Sicht unternahm er nun alles, was zu einer Vertuschung seiner „tollen“ Leistungen und Handlungen beitrug. Natürlich nicht allein, da waren doch noch die Ruderer, die noch oder schon wieder in den Gremien der Gemeinde an verantwortlicher Stelle in ehrenamtlicher Mission doch für die Sache ihre Arbeiten verrichteten.

Man lobte sich und seine Leistungen und machte andere schlecht. Man stellte sich selbst und auch die Ruderer als tolle Menschen hin und stellte andere dafür an den Pranger.

Man versuchte erneut alles unter den Tisch zu kehren und den nun einmal selbst gemachten Mist auf den Haufen anderer abzuladen.

Doch da gab es in dieser kleinen Gemeinde noch einige Bürger, die sich für ihre Gemeinde tatsächlich einsetzten, die des Denkens und des Lesens kundig waren und die schon längst verstanden hatten, um was hier eigentlich ging.

Wenn die Geschichte sich irgendwo im Lande tatsächlich zugetragen haben sollte, so werden die Leser, die dieser Meinung sind, schon den Ort der Handlung kennen und wissen wo sich dieser Ort im Lande wohl befinden könnte.

Ihr Bürgerbote – 6. Ausgabe (Forstsetzung der Ausgabe 5.) - Entwurf -- C2010 Siegfried Kümmels kleine Geschichten

"Die Orte der Handlung und alle handelnden Personen sind frei erfunden. Jegliche Ähnlichkeit mit lebenden oder realen Personen und Ähnlichkeiten mit real existierenden Orten sind rein zufällig".

## *Ihr Bürgerbote – kleine Geschichten von der Ostsee.*

### Geschichte 07: Zu Spottpreisen verscherbelt

Da gab es im Lande, gar nicht so weit von der Wasserkante der herrlichen Ostsee, eine kleine Gemeinde, die im 13. Jahrhundert erstmalig in der Landesgeschichte erwähnt wurde und deren heutiges Alter etwa 700 Jahre betragen müsste. Ihre Lage und ihre natürlichen Ressourcen verführten schon einige, sich im Laufe der Zeiten dort anzusiedeln, um über die harte Arbeit im Fischfang und Ackerbau ihr Brot zu verdienen.

Man lebte recht und schlecht, war redlich und arbeitsam und während Jahr um Jahr verging, so änderte sich eigentlich im Orte nicht viel.

Doch eines Tages sollte das sich ändern, denn mit dem Bädertourismus kam Bewegung in die Region und auch in die, doch bis dahin ruhige Gemeinde, kam reges Leben. Erste Quartiere wurden für Badegäste hergestellt und über die Vermietung entstand, zuerst im Nebenerwerb und später hier und da im Haupterwerb, eine völlig neue Einnahmequelle.

Die vielen freien Flächen in Wald und Flur, die im Hoheitsbereich dieser Gemeinde lagen, weckten über die Jahre auch die Begehrlichkeit in den Menschen. Wirtschaftlich besser gestellte aus der Stadt suchten Grund und Boden für ein Wochenend- oder Sommerhaussitz, oder für einen erwählten Personenkreis wurde das eine oder andere Stück Land in Bester Lage für eine Bebauung mal einfach zur Verfügung gestellt.

Derartige Umstände veränderten sich im Laufe der Jahre wohl kaum und so kam es, das nach der sogenannten „Wende“ der Handel mit den Grundstücken erst so richtig die Blütezeit mit erleben konnte. Wer da gute Beziehungen hatte, der sollte zu Spottpreisen an ein Grundstück kommen und der, der wenige oder keine Beziehungen hatte, der musste schon damals einiges an richtigem Gelde lockermachen.

So wurde der Spalt zwischen den Bevorzugten und echten Käufern immer größer. Während die Einen den Quadratmeter für 1,00 bis zu 15,00 DM kaufen konnten, bezahlten die Anderen schon zwischen 80,00 und 120,00 DM für den Quadratmeter, so Mancher bezahlte sogar noch einiges mehr.

Obwohl der Verkauf von Vermögen einer Gemeinde schon damals gesetzlich geregelt war, schien dies in dieser Gemeinde den Verantwortlichen gleich zu sein. So wie sie dachten, so handelten sie auch. Da war es Anfangs egal, ob die zum Verkauf anstehenden Grundstücke aus dem Eigentum der Gemeinde stammten, oder als Eigentum des Volkes und mit einer Verfügungsberechtigung für die Gemeinde so einfach verscherbelt wurden. Von einer Einhaltung der Gesetze oder der Gleichbehandlung von Bürgern konnte schon überhaupt keine Rede mehr sein.

Eine derart unredliche Behandlung und das Praktizieren solcher Verkaufsweisen führten in den neunziger Jahren nicht nur zu hohen Wellen in der Ostsee, selbst in der Hauptstadt des Landes zwang ein solches Verhalten zu einer Prüfung mit sachlicher Feststellung und einem Ratgeben zur Beseitigung der Missstände durch eine Nachbesserung der geschlossenen Kaufverträge.

Der schon damals ermittelte Schaden, der dieser Gemeinde entstanden war, wurde damals in Rechnungsprüfungsberichten in Summe und Zahl schon annähernd benannt. Solche Hinweise und höfliche Ratgebereien waren nichts für die Verantwortlichen dieser Gemeinde. Zwar hatte man bemerkt, dass hier etwas im Argen liegen könnte, doch.....

Wie die Geschichte weitergeht, das erfahren Sie in der Fortsetzung: Ihr Bürgerbote 8. Ausgabe

*Ihr Bürgerbote – 7 Ausgabe - Entwurf -- C2010 Siegfried Kümmels kleine Geschichten*

*"Die Orte der Handlung und alle handelnden Personen sind frei erfunden. Jegliche Ähnlichkeit mit lebenden oder realen Personen und Ähnlichkeiten mit real existierenden Orten sind rein zufällig".*



## *Ihr Bürgerbote – kleine Geschichten von der Ostsee.*

Geschichte 08: Die Problemkinder im Ort - Wohnungen

Dort wo der Wind das Gras auf den Dünen bewegt, dort wo die Ostseewellen ihr ewig Lied mit den Geräuschen der Brandung singen, dort liegt eine kleine Gemeinde, in der es seit den 70er Jahren drei Wohnkomplexe mit vielen Wohnungen inmitten dieses schönen Ortes gibt.

Seinerzeit wurden dort in Blockbauweise über 70 Mietwohnungen für die Nutzung von Bürgern dieser Gemeinde gebaut.

Doch mit der Wende und dem Beginn eines neuen Zeitabschnitts sollte sich auch hier für die Nutzer im Laufe der nächsten Jahre einiges ändern. Es wurde die Gemeinde über das Altschuldenhilfegesetz alleiniger Eigentümer der Immobilie. Die Übernahme war verbunden mit einer Zahlungsverpflichtung zum Zweck der Ablösung von rund 1 Millionen DM. Kreditgeber - die Bundesrepublik Deutschland. Wurden die Mietwohnungen noch Anfangs der 90er Jahre über das sich neu gebildete Amt verwaltet, die Altschuldenhilfe pünktlich bedient, so sollte sich auch dieser Umstand durch ein ungewöhnliches Modell der nun modern gewordenen Immobiliengeschäfte ändern.

Die Geschäftsleitung dieser Gemeinde, also die Gemeindevertretung inklusiv Bürgermeister, war überzeugt davon, dass man für die Verwaltung von Wohnungen nicht die nahegelegene und günstige Sachbearbeitung durch die Mitarbeiter des Amtes brauchte. Derartige Arbeiten und Aufgaben konnten doch viel besser und teurer durch entfernte Wohnungsverwaltungen wahrgenommen werden. Schnell ward eine gute Verwaltung gefunden und damit auch diese selbständig über das Vermögen der Gemeinde entscheiden konnte, wurden entsprechende Verwalterverträge vereinbart.

Natürlich waren alle Mieten sofort an die neue Verwaltung zu überweisen, schließlich war sie, die Wohnungsverwaltung, doch für die Erledigung von Aufgaben und bestimmten Leistungen alleinentscheidend tätig.

Da die Mietwohnkomplexe zusätzlich in Eigentumswohnungen umgewandelt werden sollten, bekam auch die neue Verwaltung diese edle Aufgabe mit allen Vollmachten durch einen weiteren Vertrag, dieses Mal für die Verwaltung von Eigentumswohnungen.

Doch damit nicht genug, alle Wohnungen in den Hauseinheiten sollten natürlich auch noch modernisiert werden. Selbstverständlich wurde auch damit die Wohnungsverwaltung ebenfalls und durch einen weiteren Vertrag bevollmächtigt und beauftragt.

Die erforderlichen Gelder für die Modernisierung, ein Betrag von über 4,5 Millionen DM, durfte die Verwaltung sich ebenfalls bei einer Bank als Kredit besorgen, über die volle Höhe des Kredits übernahm die Gemeinde ganz selbstverständlich für die Absicherung des Kredites die Bürgerschaft. Eigentlich hätte es nun richtig losgehen können und es ging auch so richtig los.

Den Mietern in den Eigentumswohnungen wurde fix die beabsichtigte Modernisierung mitgeteilt. Die kalkulierten Kosten, also der Betrag von über 4,5 Millionen DM, wurde auf den Quadratmeter berechnet umgelegt, natürlich inklusiv der gesetzlichen Mehrwertsteuer, das war es.

Die neue Höhe der Miete ward so festgelegt und von nun an von den Mietern zu bezahlen. Doch wie das manchmal so ist, so konnte nach kurzer Zeit festgestellt werden, dass das Geld für die Modernisierung ganz plötzlich alle ward und die Arbeiten bei weitem nicht zu Ende geführt. Was war geschehen? Wo war das Geld, wo die Verwaltung? Wo die Kontrolle?

Wie die Geschichte weitergeht, das erfahren Sie im: Ihr Bürgerbote - 9. Ausgabe

Ihr Bürgerbote – 8. Ausgabe - Entwurf -- C2010 Siegfried Kümmels kleine Geschichten  
"Die Orte der Handlung und alle handelnden Personen sind frei erfunden. Jegliche Ähnlichkeit mit lebenden oder realen Personen und Ähnlichkeiten mit real existierenden Orten sind rein zufällig".

## *Ihr Bürgerbote – kleine Geschichten von der Ostsee.*

### Geschichte 09: Schulden sind nicht immer schön - Fortsetzung des Ihr Bürgerbote 8

Die kleine Gemeinde an der so schönen Ostseeküste hatte plötzlich und unerwartet ein neues Problem. Irgendwie musste etwas schief gelaufen und zusätzlich vergessen worden sein. Eine Überwachung der Auftragsvergaben für die Ausführungsarbeiten der Modernisierung erfolgte selbstverständlich - nicht.

Auch die Abrechnungen der Ausgaben wurden nicht mit Hinsicht auf die Bürgerschaft kontrolliert, beschweige geprüft. Die monatlichen Abrechnungen der Verwaltung mit Bezug auf die Mieteingänge und der daraus erfolgten Ausgaben für die Bedienung der Kredite betrachtete man, wenn überhaupt, nur oberflächlich.

Schlicht, es wurde gehaust und verpulvert, was das Zeug hielt. Ein Kontrolle gab es nicht. Doch damit nicht genug. Das Verwaltungsunternehmen meldete plötzlich und für alle Beteiligten wohl unerwartet Insolvenz an. Dies führte dazu, dass die kleine Gemeinde jetzt aus der Bürgerschaft in voller Höhe in Anspruch genommen wurde. Die für den Kredit zuständige Bank kündigte den Kredit mit sofortiger Wirkung, so dass hier ein neues Bankhaus für die sofortige Ablösung der Gemeindeschulden von über 4,5 Millionen DM gefunden werden musste.

Auch die Rückzahlung, also die jeweils fällige Rate aus der Zahlungsverpflichtung der Altschuldenhilfe, war nicht so, wie im Verwaltervertrag vereinbart, aus den Mieteingängen erfolgt. Auch war bei den Verkäufen von einigen Eigentumswohnungen ein entsprechend festgelegter Anteil an den Kreditgeber der Altschuldenhilfe, also der Bundesrepublik Deutschland, nicht abgeführt worden.

Mahnungen mit Vollstreckungsandrohungen musste die Gemeinde nun auch hier in Kauf nehmen. Letztlich kam es zur sofortigen Kündigung des gewährten Kredits und der sofortigen Zahlung der noch offenen Restsumme aus dem Kreditvolumen, immerhin runde 900 TDM. Eine kurzfristige Finanzierung der Summe über eine neue Bank verhinderte Schlimmes.

Sicherlich musste das alles für die kleine Gemeinde nicht so schlimm gewesen sein, denn für die Schulden des abgelösten Kredits aus der Altschuldenhilfe hatte man doch, wenn auch hoch belastet, eine Immobilie. Für die Schulden aus der Modernisierung hatte man immerhin zum Teil modernisierte und zum Teil halbwegs fertige und unfertige Wohnungen. Die Haus- und Wohnungseinheiten konnten zumindest von Mietern und einigen Eigentümern der Wohnungen weiter genutzt werden. Welch ein Trost, doch wenigstens etwas.

Über die Wirren der Zeit hatte man wohl völlig vergessen, die Höhe der Miete auf die tatsächlich investierte Summe und nach Abzug der Mehrwertsteuer aus dem Betrag von 4,5 Millionen DM, also der durch das Finanzamt an die Verwaltung ausgereichten Vorsteuer, neu zu berechnen und festzulegen. So zahlten die „Ärmsten“ der Gemeinde auch für die Schulden der Gemeinde.

Die nicht modernisierten Wohnungen wurden nach und nach gemacht, die Bezahlungen der Kosten wurde über den Haushalt der kleinen Gemeinde geregelt. Es zahlten nun alle Bürger. Doch diese waren nicht informiert und ein über die Jahre entstandener Reparaturstau in den Haus- und Wohnungseinheiten durfte nicht noch zusätzlich in das Blickfeld der Bürger geraten.

Das dies nicht passierte, dafür sorgten schon die „Macher“ in der kleinen Gemeinde.

Ihr Bürgerbote – 9. Ausgabe (Fortsetzung der Geschichte aus - Ausgabe 8) - Entwurf -- C2010 Siegfried Kümmlers kleine Geschichten

"Die Orte der Handlung und alle handelnden Personen sind frei erfunden. Jegliche Ähnlichkeit mit lebenden

oder realen Personen und Ähnlichkeiten mit real existierenden Orten sind rein zufällig".

## ***Ihr Bürgerbote – kleine Geschichten von der Ostsee.***

### **Geschichte 10: Freizeitanlage einmal ganz anders**

Es gab zur damaligen Zeit schon eine Ferien- und Freizeitanlage in dieser kleinen Gemeinde, die unweit des Strandes und direkt an der herrlichen Ostsee lag.

Im Jahre 1957 wurde diese Ferienanlage mit einem großem Kulturhaus gebaut und mit vielen Zimmern für die Urlaubs- und Feriengäste in verbundenen Gebäuden den Erholungssuchenden des FDGB bereitgestellt.

Die Anlage wurde zu einem Mittelpunkt der sich erholenden Arbeiterschaft inmitten des Ortes. Hier schlug der Puls der Zeit, hier war Leben. Hier, in dieser durch den seinerzeitigen FDGB hergerichteten Begegnungsstätte, fanden Tanzveranstaltungen, künstlerische Vorfürhungen und viele vergnügliche Feste für die Urlauber und für die Bürger der Gemeinde statt.

Ein großer Campingplatz gehörte mit zur gesamten Anlage und mit zu dem Angebot der Unterkünfte des FDGB. Viele Bürger der Gemeinde fanden hier Arbeit und sie waren für das Wohlbefinden der Gäste mit verantwortlich.

Doch es kam auch hier die Wende, deren örtliche Auswirkungen und ihre Folgen.

Merkwürdige Gedanken so einiger „Macher“ aus dem Ort kamen an den Tag und diese steuerten die Entwicklung, die Verwendung, das Geschäft für die Immobilie von nun an.

Statt die Liegenschaft komplett in die Verfügung der Gemeinde zu nehmen und hierdurch das Leben am Standort zu erhalten, Arbeitsplätze zumindest zu Teilen weiterhin zu sichern, praktizierte man unter Mitwirkung der Gemeinde und ihrer „Macher“ die Zerlegung der Liegenschaft.

Man verschaffte dubiosen Investoren den Vortritt für den Erwerb der Gebäudetrakte nebst Grundstücke und kaufte sich bei diesen für „richtiges Geld“ ein Miteigentum für den gewerblichen Betrieb der Gemeinde, einem Kurbetrieb. Nun konnte sich die Gemeinde als ein stolzer Eigentümer fühlen, war sie Miteigentümer von einer aus gesamt 26 aufgeteilten Wohn- und Gewerbeeinheiten. Damit der Geldfluss auch hier seinen „richtigen Weg“ fand, wurden Fördermittel beantragt und mit ihrer Genehmigung auch vollständig, doch unkontrolliert verausgabt.

Da war es doch egal, dass vieles im Argen lag und das, wofür man bezahlt hatte, nicht fertig war. Hauptsache war, es geschah einiges für die Optik und für die örtlich politische Verwendbarkeit. Der Aufteilungsplan für die Wohn- und Gewerbeeinheiten stimmte natürlich nicht mit der Baugenehmigung überein und die Teilungserklärung entsprach auch nicht dem Aufteilungsplan. Die Nutzung des Gesamteigentums durch die Käufer ward dann nochmals eine besondere und individuelle Angelegenheit.

Es konnte auch hier das Ergebnis des Jahres als nicht ganz so positiv verbucht werden, da eine vollständige Fertigstellung natürlich nicht erfolgte und die tollen Investoren, so wie das auch in anderen Maßnahmen im Ort und zeitgleich geschah, mal so einfach Insolvenz anmeldeten.

Die gute Gemeinde aber stand und wie bereits bekannt, dank „guter Verträge und ohne Sicherheiten“ mal wieder im Regen. Objekt nicht fertig, Geld fort und draufzahlen aus der Gemeindekasse.

Damit der Betrieb der Gemeinde, also der Kurbetrieb, die Geschäfte zum Wohle der Urlauber zumindest dürftig wahrnehmen konnte, musste die Gemeinde noch einmal tief in die Tasche greifen. Sie durfte die fehlenden Leistungen selber beauftragen und auch diese noch einmal selber bezahlen.

Der ganze „Spaß“ soll der Gemeindekasse damals zusätzlich mehrere 100.000 DM gekostet haben. Doch wer da der Meinung war diese kleine Gemeinde unternehme etwas gegen die Verantwortlichen und nehme diese in die Pflicht und Haftung, der irrte kräftig. Die tolle Unterkunft wurde so zu einer peinlich totgeschwiegenen Bauruine.

Welcher der „Macher“ gestand da schon seine Mitschuld ein und unternahm etwas gegen sich?

Ihr Bürgerbote – 10. Ausgabe - Entwurf -- C2010 Siegfried Kümmels kleine Geschichten

"Die Orte der Handlung und alle handelnden Personen sind frei erfunden. Jegliche Ähnlichkeit mit lebenden oder realen Personen und Ähnlichkeiten mit real existierenden Orten sind rein zufällig".

## *Ihr Bürgerbote – kleine Geschichten von der Ostsee.*

### Geschichte 11: Ein Neubau in bester Lage

Es kam eine Zeit, in der das Bauen neuer Hotelanlagen in der unmittelbaren Nähe der Ostsee bei vielen Investoren auf der Prioritätenliste an erster Stelle stand. Ein Grundstück für eine derartige Maßnahme zu finden war zwar nicht so einfach, doch wer da an der richtigen Stelle gute Beziehungen hatte, der konnte sich persönlich als ein Glückspils betrachten. Die richtigen Vorschläge musste ein solcher Investor nur noch der Leitung der Amtsgeschäfte seiner auserwählten Gemeinde schmackhaft machen und schon waren die Türen und Tore bei den Vertretern einer solchen Gemeinde geöffnet.

Da gab es doch vor langer Zeit eine kleine Gemeinde, die alle Wünsche in Bezug auf die Lage des Grundstücks und vor allem mit Bezug auf einen preiswerten Ankauf, erfüllen konnte. Während clevere Gemeinden ihr Grundvermögen meistbietend durch Ausschreibungen an den „Mann“ brachten, reichten dieser Gemeinde viele nette Worte nur eines Investors aus. Das Grundstücksgeschäft war einfach und für die Gemeinde meinendlich ohne Risiko, da die Gemeinde auch hier nur als Verfügungsberechtigte das Volkseigene Vermögen zu versilbern hatte.

Doch die Sache mit den treuhänderisch verwalteten Grundstücken, die von der Gemeinde schnell und zügig und zu einem „guten Preis“ an diesen bevorzugten Investor veräußert wurden, hatte nur einen Haken, nämlich der schon lange über mehrere Instanzen andauernde Kampf um die Zuordnung der Grundstücke vor Gericht.

Selbstverständlich hatte man von Seiten des Bürgermeisters die Gemeindevertreter nicht über eine in Kürze anstehende Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts informiert, so dass der Aktion „Ruck Zuck“ nichts entgegenstehen konnte.

Das der Bürgermeister und sein Stellvertreter den Verkauf der Grundstücke zu ihrem vollen Wert durch eine gesiegelte Vollwertigkeitsbescheinigung bestätigte, schien mit Hinsicht auf den Verlauf geradezu selbstverständlich und das Grundstücksflächen sogar unter 10 Cent für den Quadratmeter den Eigentümer wechselten, war eigentlich eine Sache für das „Tollhaus“. Wie es so oft im Leben gehen kann, kam plötzlich alles ganz anders, als man es an gemeindlich höchster Stelle wohl gedacht hatte. Das Bundesverwaltungsgericht entschied und ordnete die Grundstücke zu. Die Gemeinde bekam sie nicht. Rückwirkend wurde die Bundesrepublik Deutschland der Eigentümer der ehemals Volkseigenen Grundstücke.

Die Verkündung des Urteils war nur um einige Stunden später als der Zeitpunkt des Verkaufs der Volkseigenen Grundstücke durch die Gemeinde an den Investor. Selbstverständlich wurden die Gemeindevertreter auch über dieses Urteil nicht informiert. Die Kenntnis über dieses Urteil war reiner Zufall und wurde Zeiten später über Google plötzlich gefunden.

Jedoch unbedacht hatte nun die kleine Gemeinde ein neues Problem. Der erhaltene Kaufpreis für die versilberten Grundstücke war unmittelbar an den Eigentümer abzuführen. Die Werte der Grundstücke wurden durch den nun rechtmäßigen Eigentümer überprüft, Wertgutachten wurden erstellt und höhere Werte der Grundstücke wurden durch die Gutachter ermittelt.

Für die kleine Gemeinde war es da nur traurig, wie eine so schöne Geschichte enden kann: Geldabgabe, Bezahlung, Nachzahlung und ein Sack voll „guter“ Erfahrungen.

## *Ihr Bürgerbote – kleine Geschichten von der Ostsee.*

### Geschichte 12: Die Ritterburg am Ostseestrand

Unmittelbar am Dünenwald der schönen Ostseeküste stand in einer kleinen Gemeinde ein einzelnes Gebäude. Eine richtige Burg. Obwohl die Zeit des Mittelalters schon lange vorbei war gab es noch Raubritter im Orte, die auf ihren geistigen Pferden und in den Rüstungen der Neuzeit, sich um das in bester Lage liegende Anwesen intensiv kümmerten.

So kam es eines schönen Tages in dieser Gemeinde zu einer weitragenden Entscheidung und man schob die Burg solange hin und her, bis einer der Raubritter über eine Ausschreibung, an der sich dieser als nur einzigster Teilnehmer beteiligen konnte, auch den Zugschlag dieser Ritterburg bekam.

Die Feuerwehr im Orte, die zu dieser Zeit schon sehr aktiv „Buschbrände“ umfangreich in ihrem Löschprogramm gehabt haben soll, soll sogar eine großzügige Spende als Handgeld von den ritterlichen Rittern erhalten haben.

Obwohl andere Bürger im Orte, die sich ebenfalls an der Ausschreibung mit sogar besseren und höheren Angeboten beteiligt haben wollen, das Fehlen ihrer Angebote in den Stuben eines schon damals vorhandenen Amtes reklamierten, konnte ihnen auch dort nicht über die Hilfe der amtlichen Reiterei geholfen werden.

Was zu Zeiten nicht vorlag, das konnte eben nicht da sein und somit auch nicht vorliegen. Selbstverständlich war die Burg zu der Zeit der Ausschreibung und des Zuschlages noch vom Volke bewohnt. Auch hier müssen die Ritter eine Lösung dieses Problems bereits in ihrer Schatztruhe gehabt haben, denn bereits nach kurzer Zeit zogen die Bewohner aus und siedelten um, sie fanden innerhalb des Ortes an anderer Stelle ein neues Obdach. Damit die nun menschenleere Burg nicht dem Verfall überlassen ward, kamen die Rittersleute auf eine zur damaligen Zeit blendende Idee. Sie nahmen richtiges Geld in die Hände und legten mit erheblichen Veränderungen in der Raumaufteilung und einer neuen Gestaltung des Gebäudes einen wahren Kreuzzug hin.

Am Ende ihres mühseligen Weges schafften sie so die Umwandlung einer Burg zu einer Anlage mit verkaufbaren Eigentumswohnungen und da das Grundstück für den Ausritt zu Pferde noch ein wenig zu klein gewesen sein muss, verkaufte die Gemeinde für kleines Geld noch etliche Quadratmeter bestes Straßenland zur Vergrößerung des ritterlichen Eigentums. Natürlich hatten die Ritter die Nähe der schönen Ostsee bei den Durchführungsarbeiten der Baumaßnahme nicht aus den Augen verloren. Ein gutes Auge braucht eine weite Sicht, selbst dann, wenn die Wipfel der Kiefern höher sind und den freien Blick auf das Meer von der so großen, doch in der Höhe nicht ausreichenden Dachterrasse, erheblich stören.

Derartige Hindernisse stellen für doch so gute Ritter keine Probleme dar. Somit ging es den armen Bäumen sprichwörtlich nach der Manier eines Raubzuges an den Kragen. Rübe ab, der Blick ward frei, das Wasser war zu sehen.

Die kleine Gemeinde hatte jedoch an dem großen Geschäft der Ritterschaft keinerlei Vorteile. Sie hatte das Grundstück billig verkauft, Straßenland für kleines Geld abgegeben und einige Bürger im Orte doch sehr enttäuscht.

oder realen Personen und Ähnlichkeiten mit real existierenden Orten sind rein zufällig".

## ***Ihr Bürgerbote – kleine Geschichten von der Ostsee.***

### Geschichte 13: Millionen für Null-Leistung

Es gab vor langer Zeit eine kleine Gemeinde, die über viel zu viel Geld meinte verfügen zu können. So soll das Gremium der Verantwortlichen auf den Gedanken gekommen sein, sich kurz nach der Wende und den vorliegend wirren Zeiten, der allgemeinen und hektischen Entwicklung anzuschließen und alle im Gemeindebereich für eine bauliche Nutzung scheinbar geeigneten Flächen durch einen guten Stadtplaner überplanen zu lassen.

Da die Nähe des schönen Ostseestrandes allen Spekulationen freien Raum ließ, soll aus diesem Grunde ein Bebauungsplan nach dem anderen ins „Leben“ gerufen und auf den guten Weg in die Genehmigungsrunde gebracht worden sein.

Mit dem guten Willen aller Beteiligten, erst klotzen und was dann von den Genehmigungsbehörden gestrichen wird ist immer noch groß genug, soll das über viele Flächen geplante Werk in die behördliche „Umlaufbahn“ gereicht worden sein.

Alle Verantwortlichen sollen hoch erfreut gewesen sein und weil das durch einen Architekten bemalte Papier auch sehr geduldig ward, konnten die so vielen geplanten Objekte schon den Zuzug an neuen Bürgern und der Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze erahnen lassen.

Anno 1991 sollen die Sterne für die Gemeinde ja noch gut gestanden haben und auch die Anzahl der Förderer der richtigen Partei bildete in der Gemeindevertretung die Mehrheit, so dass für die vielseitig gemeindliche Entwicklung für eine so gute und weittragende Aktion zu dieser Zeit, die Anzahl an Stimmen der Förderer hoch genug gewesen sein soll.

Sogar der so aktive Architekt soll mit der an ihn ausgezahlten Summe, für seine damals bis dahin erbrachten Leistungen nach der Gebührenordnung für Architekten und Ingenieure von über 800.000 DM, sehr zufrieden gewesen sein.

Alles schien gut und über einen bestimmten Zeitraum auch seinen rechten Gang gegangen zu sein. Doch durch die zweite Kommunalwahl nach der Wende wurde im Jahre 1994 über das Wahlergebnis die Führung und Verantwortung dieser Gemeinde anderen Personen übertragen. Hinzu kam, dass die erwählten Kandidaten einer neu gegründete Partei im Orte die Meinungsbildung der Führungspartei mit unterstützte und in der Gemeindevertretung sich mehrheitlich die Interessen gegen die bisherigen Gedanken der gemeindlichen Entwicklung richteten.

Was städteplanerisch an Flächen gut überplant war, wurde ohne Rücksicht auf den Stand im Genehmigungsverfahren ganz einfach verworfen. Mit weggeworfen wurde so auch das viele und bis dahin an den Architekten gezahlte Geld. So gingen über 800.000 DM aus der Gemeindekasse und zum Leidwesen der Bürger mal einfach den „Bach“ runter, natürlich zuzüglich verbundener Kosten. Doch damit nicht genug, für die kleine Gemeinde sollte es noch schlimmer kommen.

Der Architekt hatte mit der Gemeinde auf der Grundlage des HOAI einen schriftlichen Vertrag vereinbart, durch den bei einseitiger Kündigung durch die Gemeinde und ohne Rücksicht auf die noch zu erbringende Leistung, die vollständige Bezahlung zu erfolgen hatte.

Die Gemeinde kündigte dennoch den Vertrag und verzichtete auf alle weiteren Architektenleistungen. Der Architekt meldete seine Ansprüche an. Die Gemeinde zahlte nicht, ein Klageverfahren folgte, die Gemeinde gewann nicht und hatte ohne jegliche Gegenleistung noch einmal über 800.000 DM zuzüglich aller Nebenkosten zu bezahlen.

Viel Wind im Lande und über 1.600.000 DM aus der Gemeindekasse für bemaltes Papier bezahlt. Ein wahrhaft „tolles“ Geschäft.

Für die Einleitung neuer und viel besserer Geschäftsideen waren nun alle Wege wieder frei.

oder realen Personen und Ähnlichkeiten mit real existierenden Orten sind rein zufällig".

## ***Ihr Bürgerbote – kleine Geschichten von der Ostsee.***

### Geschichte 14: Ein Schwimmbad geht baden

Schon seit ewigen Zeiten trieb der Wunsch nach Sauberkeit das Verlangen der Menschheit nach dem Bau von entsprechenden Wasch- und Badeeinrichtungen voran. Da spielte es keine Rolle, ob in der unmittelbaren Nähe einer schönen Einrichtung ein großes Meer lag, oder ob die Ostseewellen mit dem Wind bei Tag und bei Nacht an einen sandig weißen Strand schlugen. Eine ganzjährige Bewegung im köstlichen Nass, ein Bad bei Sturm und Regen, schwimmen bei Frost und Schnee, das konnten nur zur Erfüllung dieser Wünsche spezielle Einrichtungen garantieren.

Mögen es zur Mitte der neunziger Jahre in einer kleinen Ostseegemeinde die guten Gedanken für die touristisch gemeindliche Entwicklung im Gremium der Verantwortlichen gewesen sein, die den Neubau einer Freizeitanlage, verbunden mit den Möglichkeiten der körperlichen Bewegung im Wasser, der sportlichen Betätigung auf überdacht festem Boden und das Buchen von vielen Wohnungen für den Aufenthalt von Feriengästen, voran trieben, so kehrte sich das Meinungsbild der im Vorfeld so aktiven Treiber bereits in der Anlaufphase des ersten Baugeschehens zum Ende der neunziger Jahre in eine völlig andere Richtung.

Hatte man zum ersten Spatenstich noch, so wie es sich gehörte, große Worte gesprochen, Sekt getrunken und feine Schnittchen bei volkstümlicher Live-Musik gegessen, ward auf Kosten der Gemeinde großzügig, schnell und wacker für mehrere 100.000 DM ein neuer öffentlicher Parkplatz geschaffen, der als Ersatz einer bis dahin als Parkplatz genutzten Fläche dienen und der wegen den bevorstehenden Bauphasen verloren gehen sollte, so sollte das alles mit dem Beginn der „Eiszeit“ schon der „Schnee“ von gestern gewesen sein.

Denn bereits mit den ersten Lieferungen von Beton für die Fundamente und Bodenplatten waren es zu Anfang die Rechtsanwälte und dann später die Gerichte, die sich um das weitere Baugeschehen der Freizeitanlage und das der Ferienwohnungen nun Jahr für Jahr kümmern durften. Eine Entwicklung ward „meisterlich“ gestoppt, ein Traum ward jäh zu Ende.

Als außerordentliche Überraschung soll damals festgestellt worden sein, dass bereits und während von den Investoren der Neubau aktiv voran getrieben wurde, der schon damalige Führer der kleinen Gemeinde zeitgleich bereits die ersten gerichtlichen Schritte zum „Ausbremsen“ der Investition eingeleitet haben soll.

Ob hier ein Grund des damaligen Handelns aus dem Ergebnis einer Feststellung durch Prüfung einer vorgesetzten Institution im Verkaufsgeschäft von Grundstücken unter ihrem vollen Wert von über minus 600.000 DM gelegen hat, sollte im Laufe der folgenden Jahre wohl nicht so genau festgestellt werden und da die festgelegten Bauverpflichtungen auf zwei ineinander verflochtenen Verträge verteilt gewesen sein sollen, soll auch dort ein subventionierter Verkaufspreis auf andere im Zusammenhang verkaufte Grundstücksflächen für die Gemeinde keinen direkt finanziellen Schaden an den Tag gebracht haben.

Doch einige Bürger im Orte unkten schon damals, das es wohl daran gelegen habe, das nach dem Tode eines Investors irgend etwas gewesen sein könnte, denn mit dem Ableben einer Person der Investoren GbR sei das Theater an der schönen Ostseeküste doch erst so richtig losgegangen und die Bauruine, die als Werbung von regionaler Entwicklung viele Jahre vor sich hin dümpelt, könne aus den bisherigen Ergebnissen zu einem Denkmal erhoben und so der Zukunft noch lange als ein dienendes Beispiel erhalten bleiben.

oder realen Personen und Ähnlichkeiten mit real existierenden Orten sind rein zufällig".

## ***Ihr Bürgerbote – kleine Geschichten von der Ostsee.***

### **Geschichte 15: Ein Weg auf Kosten der Gemeinde**

Schon vor vielen Jahren soll es in einer Gemeinde an der Ostsee einen kleinen Weg, der zum Strand durch die grünen Wiesen führte, gegeben haben. Heimische Kleinbauern nutzten ihn als Zufahrt zu ihren Wiesen und von den Bürgern des Ortes wurde er als ein Fußweg zum sandigen Badestrand genutzt. Die Lage der am Wege liegenden Grundstücke und die unmittelbare Nähe der Ostsee mit ihren Sandstränden führte im Laufe der weiteren Jahre dazu, dass einige Herren der seinerzeitigen Regierung sich hier ein gutes Fleckchen für den Neubau einer großen und für sie auch angemessenen Unterkunft auserwählten.

Die Jahre vergingen und es änderte sich mit der Wende im Lande einiges, so dass der alte Weg den zeitigen Qualitätsansprüchen und den Anforderungen seiner Nutzer bei weitem nicht mehr genügte. Da das sehr große Haus für Übernachtungen und Service diesen Weg als Zu und Abfahrt für seine Gäste benötigte und eine Erweiterung dieser gastfreundlichen Anlage an Gebäude- und Freiflächen bis über das 5fache des Bestandes zum Ende der neunziger Jahre erfolgen sollte, lag es auf der Hand, dass mit dem Entstehen einer so angehobenen Kapazität ein solch schlechter Weg unbedingt eine erhebliche Verbesserung erfahren musste. Am Rande des damaligen Geschehens sollte erwähnt sein, das derartige Vorhaben sehr hoch durch das Land und der Europäischen Union gefördert wurden und auch der Neubau eines Weges eigentlich mit zu den förderfähigen Baukosten schon damals zählte.

Auch sollen zu dieser Zeit kommunale Bauabteilungen schon Kenntnis davon gehabt haben, dass mit einer derartig hohen und regionalen Investition eine Mehrbelastung der vorhandenen Infrastruktur verbunden war. Clevere Kommunen bedienten sich schon damals den legitimen Mitteln und Möglichkeiten, den Investoren eine Kostenbeteiligung oder Kostenübernahme durch eine angemessene Beteiligung an den kommunalen Folgekosten über den Abschluss städtebaulicher Verträge aufzuerlegen.

Kommunen, die aber das Werkzeug des Geldes und das der Vertragsgestaltung nicht kannten und somit auch nicht anwandten, waren die finanziell Benachteiligten. Diese konnten derartig entstehende Kosten aus ihrem Gemeindegeld alleinig zu Lasten ihrer Bürger und den Steuerzahlern des Landes selber berappen. Sie verzichteten gleichzeitig auf eine Erhöhung ihrer Finanzkraft für die gemeindliche Entwicklung.

In der direkt an der Ostsee liegenden Gemeinde soll eine Beteiligung an den Folgekosten der am Neubau geldverdienenden Investoren erst gar nicht in Betracht gezogen worden sein und da die kleine Gemeinde zur damaligen Zeit schon Geld im Überfluss gehabt haben soll, soll über ein „Draufzahlen“ aus der Gemeindekasse auch nicht so dringlich nachgedacht worden sein. Die Kommune übernahm selbstverständlich alleinig die Aufgabe des Wegebaus zu ihren Lasten und sie soll für den Bau dieses Weges sogar über 200.000 DM aus der Kasse losgeworden sein.

War es Unkenntnis, Bequemlichkeit oder Übereifer?

Hatte das Angebot der Investoren die Denkmaschinen in den Köpfen der für die Gemeinde verhandelnden Verantwortlichen ausgeschaltet oder gar überstrapaziert?

Derart in Geschichten aufgeworfene Fragen über die Denkweisen und Handlungen von vor langer Zeit beteiligten Personen finden wohl kaum eine Antwort, es sei denn, dass einer der damals Verantwortlichen aus dem „Nähkästchen“ der an der Ostsee entstehenden Geschichten plaudert.

Ihr Bürgerbote – 15. Ausgabe - Entwurf -- C2010 Siegfried Kümmels kleine Geschichten

"Die Orte der Handlung und alle handelnden Personen sind frei erfunden. Jegliche Ähnlichkeit mit lebenden oder realen Personen und Ähnlichkeiten mit real existierenden Orten sind rein zufällig".



## Schlussworte:

So, sehr geehrte Hörer, das war der erste Teil der kleinen Geschichten – Ihr Bürgerbote. Natürlich sind die Geschichten noch nicht zu Ende und wie es weitergeht, das erfahren sie im Hörbuch Teil 2 – Ihr Bürgerbote.

"Die Orte der Handlung und alle handelnden Personen sind frei erfunden. Jegliche Ähnlichkeit mit lebenden oder realen Personen und Ähnlichkeiten mit real existierenden Orten sind rein zufällig."

Ich hoffe, das Ihnen die von mir vorgetragenen Geschichten gefallen haben und es würde mich freuen, wenn wir uns im zweiten Teil des Hörbuches noch einmal wiederhören.

Ihr Siegfried Kümmel